

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

Razzien gegen angebliche LTTE-Unterstützer

Im Rahmen einer Kampagne gegen das angebliche Wiederaufleben des tamilischen Separatismus wurden im März und April 2014 zahlreiche Personen verhaftet. Der bekannte Menschenrechtsaktivist Ruki Fernando und der katholische Priester Praveen Mahesan wurden nach zwei Tagen Haft am 16. März nach massiven Protesten, auch aus dem Ausland, freigelassen. Beide hatten Familien verschwundener Tamilen unterstützt, ihnen wurde Anstiftung zu sozialer Unruhe vorgeworfen. Anfang April trat ein Gesetz in Kraft, das 16 tamilische Exilorganisationen wegen Finanzierung des vermeintlich im Wiederaufbau befindlichen LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*)-Netzwerkes zu Terrororganisationen erklärt. Damit können sri-lankische Bürger, die mit diesen Gruppen in Kontakt stehen, unter dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA) verhaftet und anderthalb Jahre lang ohne Anklage festgehalten werden, außerdem kann ihr Vermögen konfisziert werden. Am 11. April wurden drei angebliche LTTE-Aktivisten im nördlichen Vavuniya von Sicherheitskräften erschossen.

Sieg für Regierungskoalition bei Provinzwahlen

Fast sechs Millionen Sri Lanker/-innen konnten bei den Provinzratswahlen der Süd- und der Westprovinz am 29. März 2014 ihre Stimme abgeben. Die Regierungskoalition *United People's Freedom Alliance* (UPFA) siegte erwartungsgemäß, musste jedoch, wie auch die Oppositionspartei *United National Party* (UNP), Verluste einstecken. Ein Drittel der Wähler blieb den Urnen fern. Kleine Parteien, vor allem die national-marxistische *Janatha Vimukthi Peramuna* und die neugegründete *Democratic Party* des ehemaligen Armeechefs und Präsidentschaftskandidaten Sarath Fonseka, legten massiv zu. Analysten sehen den Wahlausgang als Abfuhr an das politische Establishment und als Zeichen schwindender Unterstützung für Präsident Rajapaksa.

Erneute UN-Resolution zu Versöhnung und Menschenrechten

Wie erwartet verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat am 27. März erneut eine Resolution zu Sri Lanka. Diesmal wird die Hochkommissarin für Men-

schenrechte aufgefordert, eine Untersuchung zu den zwischen 2002 und 2009 von beiden Bürgerkriegsparteien begangenen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen durchzuführen. Maßnahmen, die die srilankische Regierung in Folge der UN-Resolutionen von 2012 und 2013 eingeleitet hat, werden in der Resolution als ungenügend bewertet. Bereits 2011 hatte ein von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon beauftragtes Expertenpanel zahlreiche Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und eine glaubwürdige Untersuchung gefordert. Die Resolution lobt ausdrücklich Fortschritte in Bezug auf Infrastrukturentwicklung, Minenräumung, Wiedersiedlung von Flüchtlingen und dem Abhalten freier Wahlen in ehemaligen Bürgerkriegsgebieten. Sie zeigt sich aber auch betroffen über Berichte von Folter, extralegalen Hinrichtungen, Verletzungen der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und stellt eine bedenkliche Zunahme an Bedrohungen für Menschenrechtsaktivisten, Juristen und Journalisten fest. Auch die jüngsten Attacken gegen religiöse Minderheiten seien Anlass zu großer Besorgnis, heißt es in der Resolution. Insgesamt bleibt die von den USA eingebrachte Resolution aber hinter den Empfehlungen der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay zurück, die in ihrem Bericht vom 24. Februar 2014 (siehe die Artikel von T. Rathgeber in SÜDASIEN 1/2014 und in diesem Heft) härtere Maßnahmen, nämlich das Einsetzen einer unabhängigen Kommission, gefordert hatte. Da die srilankische Regierung sich einer Kooperation mit Pillay verweigert und darauf beharrt, dass nationale Maßnahmen zur Aufklärung und Versöhnung ausreichend seien, bleibt die weitere Entwicklung spannend. In einem Jahr soll Pillay erneut Bericht erstatten.

Gefährlich für Journalisten

In dem am 16. April vom *Committee for the Protection of Journalists* veröffentlichten *Impunity-Index* belegt Sri Lanka den vierten Platz, hinter Irak, Somalia und den Philippinen. Zwar sind in den vergangenen vier Jahren keine Journalisten mehr zu Tode gekommen, doch wurde keiner der in den vergangenen zehn Jahren begangenen Morde aufgeklärt. Im *World Press Freedom Index 2014* der Organisation *Reporters without Borders*, der im Februar vorgestellt wurde, liegt Sri Lanka auf Platz 165 von 180 Ländern.